

BAGFW-Politikforum/ Verleihung des Deutschen Sozialpreises 2021 Begrüßungsrede

**Ulrich Lilie
Präsident der BAGFW**

20.10.2021, 18 bis 20 Uhr
Auditorium Friedrichstraße,
Friedrichstraße 180, 10117 Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,
sehr geehrter Herr Dusel,
sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,
liebe Preisträgerinnen und Preisträger,
liebe Gäste aus Medien, Politik und Freier Wohlfahrtspflege,

herzlich willkommen zu diesem besonderen Abend. Herzlich willkommen zur 50. Verleihung des deutschen Sozialpreises. Ein Preis, der das journalistische Können würdigt. Ein Preis, der seit fünfzig Jahren Menschen auszeichnet, die das Scheinwerferlicht der öffentlichen Wahrnehmung auf soziale Notlagen lenken, auf die Ursachen von Unterstützungsbedarfen, und auf Menschen, die mit Tatkraft und innovativen Ideen soziale Probleme anpacken.

Ein Preis, der in dieser Form nicht denkbar ist, ohne unsere Sponsorinnen und Sponsoren. Ein großer Dank gilt daher Prof. Dr. Harald Schmitz und Herrn Matthias Ninke von der Bank für Sozialwirtschaft, Frau Janina Rentsch von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schomerus und Partner, der Ecclesia Holding vertreten durch Herrn Dr. Ziegler und Herrn Thorsten Engelhardt, sowie Herrn Christian Kipper von der Fernsehlotterie und Frau Friederike Sturm von der GlücksSpirale.

Auch ohne eine fachkompetente und engagierte Jury kommt unser Deutscher Sozialpreis selbstverständlich nicht aus. Mein Dank gilt der diesjährigen Jurypräsidentin Kathrin Klinkusch und allen Jurymitgliedern. Die Hauptjury hatte 33 Beiträge in den Sparten Print, Online, Hörfunk und Fernsehen zu begutachten. Es ist wunderbar, dass Medienschaffende sich den doch oft komplexen sozialen Zusammenhängen und den Schicksalen und Lebensumständen bedrängter Menschen stellen und Wege suchen und finden, diese Themen einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Die Beiträge sind beeindruckend und ich bin sicher, dass unsere Jury auch bei dieser Auswahl eine wirklich schwere Aufgabe zu meistern hatte.

Danken möchte ich last not least dem Vorbereitungsteam in der Geschäftsstelle der BAGFW und dem Auditorium Friedrichstraße, dessen Gäste wir hier heute sein dürfen.

Sie alle machen mit Ihrer finanziellen, fachlichen und ideellen Unterstützung möglich, dass wir das zentrale Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege ins Rampenlicht rücken können: das Engagement für soziale Gegenseitigkeit und Mit-Menschlichkeit in unserer Gesellschaft, für die Teilhabechancen und die Würde des Einzelnen und für die Orientierung des politischen und gesellschaftlichen Handelns an den Schwächsten.

Dieses zentrale Anliegen ist auch der Maßstab, den wir an die Politikvorhaben anlegen, die in diesen Tagen zwischen den drei Parteien ausgehandelt werden, die die neue Bundesregierung stellen wollen. Dient die Politik den Menschen, die auf Hilfe, auf Unterstützung und Förderung angewiesen sind? Fördert sie die Zusammengehörigkeit der vielen unterschiedlichen Individuen unserer Gesellschaft? Ist sie auf Beteiligung, auf Partizipation, auf Mitgestaltung ausgerichtet und nimmt sie alle mit, die zur Lösung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme beitragen wollen? Wir brauchen jetzt eine nachhaltige und kohärente Politik, die das Entweder-Oder, die Ausgrenzung und Lager-Denken überwindet und die sehr unterschiedlichen Menschen in diesem Land und ihre Lebensgeschichten ernst nimmt und verbindet. Es braucht eine neue zusammenführende Idee für dieses Land, das vielfältiger, älter und sozial ungleicher geworden ist, und digitaler und ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiger werden muss.

Das Sondierungsergebnis macht einerseits Hoffnung. Denn es finden sich darin sozialpolitische Vorhaben, die in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege lange diskutiert werden und zu denen wir Konzepte auf den Tisch gelegt haben. Beispielsweise die überfällige Neuausrichtung der Grundsicherung, die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut, ein Demokratiefördergesetz und eine Asyl- und Flüchtlingspolitik, die sich an den Menschenrechten orientiert und die Geschichte dieses Landes als Verpflichtung weiterhin ernst nimmt. In diesem Papier finden sich naturgemäß zunächst nicht viel mehr als Schlagworte, aber immerhin. Wir werden genau hinschauen, wie die Konkretionen im Detail aussehen.

Dass ein ambitionierter Klimaschutz eine zentrale Rolle spielt, ist unbedingt richtig. Aber er muss mit einer ebenso ambitionierten, investiven Sozialpolitik verbunden werden, damit der Klimaschutz nicht ausgerechnet zu Lasten von armen und benachteiligten Menschen geht, die den geringsten ökologischen Fußabdruck haben. Gleichzeitig benötigen wir jetzt eine kohärente Investitionsoffensive für die Sozialwirtschaft, damit die gemeinnützigen Dienste und Einrichtungen selbst weitreichende Maßnahmen zum Klimaschutz durchführen und sich an die Folgen des Klimawandels anpassen können. Wir arbeiten tagtäglich an der Verwirklichung von zehn der Social Development Goals der Vereinten Nationen: von der Armutsbekämpfung über verbesserte Bildungs- und Teilhabechancen bis zur Gesundheits- und Pflegepolitik. Wir sind daher so etwas wie die geborenen Partnerorganisationen und ein enormer Hebel bei der Verwirklichung auch der Klimaschutzziele. Konkret bedarf es jetzt einer Reform der in den Sozialgesetzbüchern festgeschriebenen Refinanzierungsbedingungen, verlässlicher, passgenauer Förderkulissen und der Unterstützung bei der Kompetenzentwicklung der gemeinnützigen Akteure.

Also einerseits Hoffnung, aber andererseits auch noch sehr viele offene Fragen.

Die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft und die enorme Relevanz der Pflege thematisiert gehört in dieser Legislaturperiode oben auf die politische Agenda. Pflegebedürftige Menschen, ihre An- und Zugehörigen und die Mitarbeitenden in der Pflege

brauchen nun eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung. Notwendig ist ein Systemwechsel hin zu einer gerechten, solidarischen und nachhaltigen Sozialen Pflegeversicherung, die alle pflegebedingten Kosten abdeckt. Dieses Thema ist im Sondierungspapier noch völlig unzureichend aufgegriffen.

Die Corona-Pandemie hat die Schwächen unseres Sozial- und Gesundheitssystems offengelegt, hat Defizite im Bildungssystem und den digitalen Entwicklungsstau deutlich gemacht. Wir erwarten, dass die Lehren aus der Krise systematisch gezogen und die vielen offenen Baustellen politisch bearbeitet werden. Die Corona-Krise hat die sozialen Dienstleister in Deutschland vor einen nie dagewesenen „Stress-Test“ gestellt. Und sie hat zum wiederholten Male gezeigt, dass unsere Gesellschaft in einer Krisensituation auf die über Jahrzehnte gewachsenen subsidiären Dienste und Einrichtungen der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege bauen kann. Die Politik muss sicherstellen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Für zukünftige pandemische Situationen sollten wir entsprechende Sicherungsmechanismen in den Sozialgesetzbüchern verankern.

Auch das Versprechen, digitaler aus der Krise herauszukommen, als wir hineingeraten sind, und so für eine nächste Krise besser gewappnet zu sein, ist noch einzulösen. Das gilt z. B. für die digitale Teilhabe benachteiligter Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien, das gilt aber auch für z.B. Beratungsangebote der freigemeinnützigen Sozial- und Gesundheitsdienstleister. Zu einer sozial ausgewogenen Gestaltung der Digitalisierung lese ich im Sondierungspapier nicht viel.

Viele haben in den letzten Tagen angemahnt, dass die offene Frage der Finanzierung politischer Vorhaben gelöst werden muss. Das halte ich für dringend notwendig. Die Bewältigung der Corona-Pandemie hat enorme finanzielle Ressourcen gekostet. Und jetzt sind Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung, in Pflege und Gesundheitsversorgung, in Bildung, in nachhaltige Gestaltung von Einwanderung, in Armutsbekämpfung u.v.m. notwendig. Viele Kommunen sind überschuldet. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse darf keine Illusion bleiben, wenn wir Zusammenhalt und Demokratie stärken wollen. Keine Steuererhöhungen, keine neuen Substanzsteuern versprechen FDP, Grüne und SPD. Kann das gehen oder werden die Sparrunden auf Kosten der freiwilligen Leistungen der Kommunen gehen, werden die Modernisierungsvorhaben Makulatur bleiben, wird der sozial-ökologischen Transformation der Geldhahn abgedreht und wird die soziale Spaltung in unserem Land größer anstatt kleiner?

Liebe Gäste, ich bin gespannt, wie Sie, liebe Frau Kulturstaatsministerin, die aktuellen sozialen Herausforderungen beurteilen. Wenn man einen engen Kulturbegriff wählt, steht im Sondierungspapier von SPD, Grünen und FDP nicht allzu viel drin. Wenn wir aber über die Kultur unseres Zusammenlebens reden, über die Weiterentwicklung unseres kulturellen Orientierungssystems, über unsere zwischenmenschlichen Beziehungen in einer individualisierten, vielfältigen Gesellschaft, dann sind wir gleichermaßen im Feld der Sozialpolitik als auch der Kulturpolitik. Wo stehen wir heute hinsichtlich der kulturellen Integration und des Zusammenlebens in einer diverser werdenden Gesellschaft? Und was lässt sich aus der Perspektive einer Kulturpolitikerin zu den jetzt notwendigen Weichenstellungen sagen, die wir von einer zukünftigen Bundesregierung erwarten müssen.

Wir freuen uns auf Ihren Impuls, liebe Frau Grütters.